

FDP Frankfurt am Main

SCHULPLATZVERGABE WIEDER CHAOTISCH

06.06.2016

„Und jährlich grüßt das Murmeltier – mal wieder ist der Schulwechsel auf eine weiterführende Schule mit viel Enttäuschung und Tränen verbunden. Für fast 500 Schülerinnen und Schüler erfüllt sich nicht der Schulwunsch: sie können auf keines ihrer drei Wunschgymnasien gehen und werden einer anderen Schule zugewiesen. Erstmals sind auch Haupt- und Realschüler dabei, die zwangszugewiesen werden – was zeigt, dass diese Schulformen noch immer gebraucht werden. Bildungsdezernentin Sarah Sorge hat mit dem Desaster um die KGS in Niederrad und dem anhaltenden Chaos um die Schulplatzvergabe, zum Abschluss ihrer Amtszeit deutlich gezeigt, wie plan- und orientierungslos ihre Bildungspolitik in der Vergangenheit war. Wir Freie Demokraten können nur noch kopfschüttelnd „Bravo“ sagen“, kommentiert [Stefan von Wangenheim](#), bildungspolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion, das anhaltende Chaos um die Schulplatzvergabe für die weiterführenden Schulen.

Zwangszuweisungen erfolgten in diesem Jahr wieder an das Gymnasium in Nied und an das neue temporäre Gymnasium in Westhausen – beides Schulen, deren endgültiger Standort noch immer nicht geklärt ist. Allen anderen Frankfurter Gymnasien mussten aufgrund der hohen Anmeldezahlen per Losverfahren über weitere Aufnahmen von Schülerinnen und Schüler entscheiden: „Bei knappen Plätzen ist die Anwendung des Losverfahrens für uns Freie Demokraten nicht mehr vertretbar. Die Leistungen und Interessen der Kinder müssen stärker in den Fokus gerückt werden, wenn es darum geht, welche Schule die optimale Förderung für das Kind leisten kann. Lediglich ein Los über das Schicksal eines Viertklässlers entscheiden zu lassen, kann dazu führen, dass z.B. ein naturwissenschaftlich begabtes Kind plötzlich eine Zuweisung auf ein humanistisches Gymnasium erhält und umgekehrt – diese Paradoxie ist den Betroffenen nicht zu vermitteln“, so **von Wangenheim** und erklärt weiter: „Wir Freie Demokraten haben uns bereits im letzten Jahr dafür ausgesprochen, dass der Paragraf §70 Abs. 3 des

Hessischen Schulgesetzes dahingehen erweitert wird, dass die Noten der Schülerinnen und Schüler ein weiteres Kriterium für die Schulzuweisung sein sollte. Es ist nicht mehr zumutbar, dass sich jedes Jahr aufs Neue das Desaster um die Schulplatzvergabe wiederholt – verantwortungsvolle Bildungspolitik sieht anders aus. Wir Freie Demokraten hoffen, dass die neue Bildungsdezernentin Sylvia Weber deutlich mehr Organisationsgeschick aufweist, als die scheidende Bildungsdezernentin Sarah Sorge. Wir brauchen in dieser Stadt mehr Gymnasien mit festen Standorten und klaren Schulprofilen, damit jedes Kind optimal gefördert werden kann“.